

## Stellungnahme

# Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie

## Weiterentwicklung 2024 (DNS 2024)

### [Dialogfassung]

Berlin, 26.07.2024

Zentralverband des Deutschen Handwerks  
Bereich Wirtschaftspolitik  
+49 30 20619-260  
terton@zdh.de

Lobbyregister: R002265  
EU Transparency Register: 5189667783-94

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, zum Entwurf der Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2024 (DNS 2024) in der Dialogfassung Stellung beziehen zu können. Wir würden es begrüßen, wenn die von uns angesprochenen Punkte im Rahmen dieser Stellungnahme Eingang in das weitere Verfahren finden.

## **Nachhaltigkeit im Deutschen Handwerk**

Das Handwerk in Deutschland ist stolz auf seine lange Nachhaltigkeitstradition. Nachhaltiges Handeln ist hier kein Trend, sondern ein über Jahrhunderte gewachsener und bestimmender Bestandteil der Identität und Werte. Das Handwerk lebt Nachhaltigkeit jeden Tag – aus tiefer Überzeugung und in vielen Dimensionen. Es ist daher eine erste Adresse für die politische Diskussion um Nachhaltigkeit – eine Diskussion, die durch die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) in einem entsprechenden Rahmen verläuft.

### **Das Handwerk nutzt Ressourcen nachhaltig**

Handwerkerinnen und Handwerker reparieren eine Vielzahl von Produkten und nehmen so eine Schlüsselrolle bei der Ressourcenschonung und in der Kreislaufwirtschaft ein. Gelebte Realität ist auch unter sich verändernden Umfeldbedingungen eine ressourcenschonende Produktion, welche stets die Anforderungen der Kunden im Blick behält.

### **Das Handwerk erhält lebenswerte und wirtschaftlich attraktive Regionen**

Selbstverständlich für das Handwerk ist ein großes gesellschaftliches Engagement: Auch in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten stellen die Betriebe eine große Zahl an Ausbildungsplätzen bereit, helfen jungen Menschen bei der beruflichen Orientierung, investieren in die Fort- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und bieten Migrantinnen und Migranten durch Ausbildung und Beschäftigung beste Perspektiven für eine nachhaltige Integration. Sie stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt, schaffen Beschäftigungs- und Zukunftsperspektiven und gewährleisten die Nahversorgung auf dem Land – zudem prägen sie auch attraktive städtische Quartiere. Lebenswerte Räume sind in allen Regionen ohne das Handwerk nur schwer vorstellbar. Krisen – wie etwa die Corona-Pandemie – haben zudem die Bedeutung einer funktionierenden und auch bei Mobilitätseinschränkungen erreichbaren Nahversorgung und die zentrale Rolle des Ladenhandwerks unterstrichen und vor Augen geführt, wie wichtig regionale Wertschöpfung und Fertigung sind.

### **Das Handwerk gestaltet Entwicklungspolitik**

Auf internationaler Ebene bringen sich Handwerkerinnen und Handwerker in vielen entwicklungspolitischen Projekten und Initiativen ein: Sie geben ihr Wissen zu beruflicher Qualifizierung und nachhaltiger Unternehmensführung weiter und helfen, vor Ort die Basis für künftige Ausbildung und Beschäftigung zu schaffen.

### **Das Handwerk bewahrt Kulturgüter und -techniken**

Nicht zuletzt engagieren sich die Betriebe stark im Bereich Restaurierung und Denkmalpflege und stellen so sicher, dass wichtige Kulturtechniken und das immaterielle Kulturerbe erhalten und an nachfolgende Generationen weitergegeben werden können.

## Allgemeine Anmerkungen

Auch in der Überarbeitung 2024 ist die DNS, wie bereits 2021, grundsätzlich positiv zu bewerten, und es wird erneut deutlich, dass über die Setzung von Schwerpunkten und einen hohen Detailgrad der Ausführungen versucht wird, größtmögliche Transparenz herzustellen. Die 2021 besonders hervorzuhebende kritische Auseinandersetzung mit den bisherigen Maßnahmen wurde leider nicht fortgesetzt. Gerade diese Herangehensweise hat jedoch zur Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit beigetragen. Auch erfolgt unserem Kenntnisstand nach leider weiterhin keine Einbindung der Handwerksorganisation in die Dialoggruppe aus wirtschaftlichen Akteuren und dem Staatssekretärsausschuss (s. Zeilen 9858 ff.), was wir erneut kritisch anmerken. Gerade das Handwerk verfügt über vielfältige regionale Facetten, welche in einer gesamtdeutschen und gesamtwirtschaftlichen Betrachtung ohne Einbindung der betreffenden Akteure unzureichend Beachtung finden.

Die Transformationsbereiche werden hinsichtlich der jeweiligen Ziele, Maßnahmen und des weiteren Vorgehens sowie der zur Verfügung stehenden Hebel deutlich detaillierter dargestellt als in der DNS 2021, während die Auseinandersetzung mit dem aktuellen Stand der Zielerreichung hingegen nicht mehr erfolgt. Eine rückschauende Bewertung ist zwar nicht immer zielführend, aber bei erheblichen Zielverfehlungen notwendig, um entsprechende Maßnahmen entwickeln zu können, die eine Zielerreichung noch ermöglichen.

Zudem sind die weiteren Maßnahmen oft sehr unkonkret, und es fehlt an einer ganzheitlichen Betrachtung. Das Handwerk unterstützt ausdrücklich die Transformation zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Die vor uns liegenden Aufgaben erfordern jedoch erhebliche finanzielle Mittel, so dass die nachhaltige Ausrichtung der Wirtschaft zwar zur Zielerreichung beiträgt, gleichzeitig aber auch der Erhalt unserer volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für den zukünftigen Handlungsrahmen der öffentlichen Finanzen wesentlich ist. Auswirkungen der geplanten Maßnahmen auf die Wirtschaftsleistung sind daher zu identifizieren und in der Maßnahmenausgestaltung und -umsetzung angemessen zu berücksichtigen. Dies lässt die DNS jedoch teilweise vermissen, und es entsteht teilweise der Eindruck einer unbedingten Zielerreichung um jeden Preis. In der Folge bringt die Strategie zahlreiche Risiken und Herausforderungen mit sich, die zu hohen finanziellen Belastungen des Handwerks, Anpassungsschwierigkeiten und letztlich einer Gefährdung der Existenz vieler Handwerksbetriebe führen können.

Es ist dringend erforderlich, konkrete und insbesondere praktikable Maßnahmen zu entwickeln, um die Transformation nachhaltig und sozial verträglich zu gestalten. Nur wenn die Betriebe gezielt mitgenommen werden, kann die Transformation gelingen.

## Spezielle Anmerkungen zu einzelnen Kapiteln der DNS 2024

### Kapitel A II. Nationale Herausforderungen

Der Fokus der Strategie bei der Bildung liegt fast ausschließlich auf Akademisierung. **Ausbildungsberufe** finden kaum Beachtung. Sofern Ausbildungsberufe nicht verschwinden müssen, sollten sie verstärkt in der Strategie berücksichtigt werden. (S. 15 ff.)

Bei der Erwähnung von Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung der formellen und informellen Bildung sollte aufgrund der Länderverantwortlichkeiten hier auch die **Kooperation mit den Ländern** benannt werden. (Zeilen 872 ff.)

„Die Erfahrung des gelebten Mitgestaltens“: Die Dopplung in den **Zeilen 1046/1047** sollte gestrichen werden.

Die **Digitalisierung** und die hierfür notwendige Infrastruktur sind zentral für eine nachhaltige Entwicklung. Hier sollte die DNS insbesondere **für KMU eine entsprechende Unterstützung und Beratung** klar benennen. Denkbar wären Förderprogramme bei der Erstellung und Integration des **digitalen Produktpasses**, aber auch Förderung und Beratung bei der **Digitalisierung von Dienstleistungen und Geschäftsmodellen**. (Zeilen 1098 ff.)

Die in der DNS erwähnte Fachkräftestrategie hat nicht dabei geholfen, Berufsschulstandorte zu erhalten und dem Mangel an Auszubildenden entgegenzuwirken. Eine Exzellenz in der Ausbildung von Fachkräften funktioniert nur mit einer entsprechend **ausgebauten Bildungsinfrastruktur** (bspw. Berufsschulen). Denn ohne die entsprechende Menge an *Fachkräften* helfen selbst die bestmöglich ausgebildeten *Arbeitskräfte* nicht weiter. (Zeilen 1156 ff.)

In der DNS wird aufgeführt, dass es zur Deckung des Fachkräftebedarfs weiterer Einwanderung ausländischer Fachkräfte bedürfe, da Deutschland nur als weltoffene Gesellschaft den Wohlstand und die Lebensqualität seiner Gesellschaft sichern könne. Hier sollte erwähnt werden, dass Weltoffenheit bereits bei den bürokratischen Hürden bei der Einwanderung von Fachkräften und Auszubildenden beginnt. Hier gibt es massives Verbesserungspotenzial – so fehlt es z. B. den Ausländerbehörden an Personal und Mitteln, wodurch sich die Einwanderungsprozesse stark in die Länge ziehen. Eine **effiziente und entschlackte Einwanderungsbürokratie** sollte in der DNS als Ziel formuliert und mit konkreten Maßnahmen unterlegt werden. (Zeilen 1169 ff.)

Verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln kann nur gelingen, wenn die **bürokratischen Belastungen** in Form von detaillierten Berichtspflichten die Wirtschaft nicht erdrücken, was bei der Ausgestaltung von Berichts- und Dokumentationspflichten berücksichtigt werden muss. Gerade bei der Umsetzung der Sorgfaltspflichten müssen die Herausforderungen für Handwerk und Mittelstand – und hier speziell die KMU – stärker beachtet werden und entsprechende Hilfsangebote geliefert werden. Durch die Berichtspflichten etwa in Lieferketten, aber auch durch die Vorgaben der Banken bei der Finanzierung, kommt es zu einem immensen bürokratischen Aufwand. (Zeilen 1192 ff.)

## Kapitel B I. Menschliches Wohlbefinden [...]

Neben der beruflichen Bildung sollte hier auch die **Schulbildung** förderseitig im Fokus stehen, um in Zeiten von massiven Stundenausfällen und eines Lehrermangels die Schüler dennoch vollumfänglich auf die berufliche Zukunft vorbereiten zu können. Zudem sollten Bildungspläne um soziale und jene Kompetenzen erweitert werden, welche die Kinder und Jugendlichen auf das spätere Leben vorbereiten. **(allgemeine Anmerkung zu diesem Kapitel)**

Die Transformation hin zu Nachhaltigkeit und Klimaneutralität wird mit Einschnitten und grundlegenden Veränderungen einhergehen, die auch zahlreiche Wirtschaftsbereiche und Sektoren treffen. Es sollten **Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen** geschaffen werden, um vorhandene Arbeits- und Fachkräfte im Land zu halten. Zudem müssen die für die Klimawende notwendigen Kompetenzen gefördert sowie Anreize für die Entwicklung innovativer Geschäftsideen und daraus resultierende Existenzgründungen gesetzt werden. **(allgemeine Anmerkung zu diesem Kapitel)**

Nicht nur mit innovativer Bildung stärkt man die Bildung für Nachhaltigkeit, sondern auch durch **Ausbildung von Fachkräften in nachhaltigen Berufszweigen/Wirtschaftsbereichen, beispielsweise im Handwerk**. Die DNS sollte eine Aufrechterhaltung, Verbesserung und Erweiterung der bestehenden Ausbildungsinfrastruktur für Fachkräfte in nachhaltigen Bereichen beinhalten, wie dies z. B. in der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (vgl. S. 83 des [Entwurfes einer Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie \(NKWS\)](#)) bereits der Fall ist. **(Zeilen 1746 ff.)**

Der Hinweis „In Deutschland gilt seit 1. Januar 2023 das **Lieferkettensorgfaltspflichten-gesetz (LkSG)**“ in den **Zeilen 1845-1847** muss im Lichte der „[Wachstumsinitiative](#)“ (hier: Maßnahme 15) relativiert werden: Die dort angekündigte, „pragmatische Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG)“ begrüßen wir, nach der neben einer 1:1-Umsetzung der europäischen Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) eine verbindliche Anwendung erst zum spätesten europarechtlich vorgeschriebenen Zeitpunkt zu erfolgen hat. Dennoch bleibt abzuwarten, ob es damit – wie von uns und den anderen Spitzenverbänden (BDI, BDA und DIHK) gefordert – zu einer sofortigen Aussetzung des LkSG kommt, die etwa vom Bundeswirtschaftsministerium vorgeschlagen wurde. Die Möglichkeit, Berichte nach dem LkSG durch Berichte zu ersetzen, die auf der europäischen Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) basieren, welche zum 1. Januar 2025 in Kraft treten soll, birgt Chancen, deren positive Wirkung jedoch von der konkreten Ausgestaltung gerade in Hinblick auf die kleinen und mittelgroßen Handwerksbetriebe abhängen wird. Hier wird es darauf ankommen, inwiefern es gelingt, die erwähnten verbindlichen Standards festzulegen, nach denen die Berichtspflichten in der Lieferkette zugunsten kleiner und mittlerer Betriebe deutlich reduziert werden, was wir nachdrücklich fordern.

Es wird lediglich BAföG für Studierende und Schüler thematisiert. Gleichwohl existiert auch **Aufstiegs-BAföG**, welches höhere fachliche Abschlüsse – wie z. B. die Meisterprüfung – fördert. Dies sollte explizit in der DNS genannt werden. **(Zeilen 2004 ff.)**

Eine Exzellenzinitiative reicht für die berufliche Bildung nicht aus; die aktuelle demografische Entwicklung erfordert mehr Engagement nicht nur für die Exzellenz in der beruflichen Bildung, sondern es muss eine **nachhaltige und langfristig ausgerichtete Strategie**

**für eine ausreichende Infrastruktur von Berufsschulen** sowie **ein Programm für den Nachwuchs** nicht nur in der akademischen, sondern auch **in der beruflichen Bildung** entwickelt werden. Schon jetzt finden viele Handwerksbetriebe in Deutschland keine Azubis mehr. Alle Exzellenz hilft nichts, wenn die jungen Menschen fehlen – Anwerbeprogramme für Handwerk und Mittelstand sind dringend notwendig sowie eine Unterstützung der Betriebe bei der Anwerbung! **(Zeilen 2812 ff.)**

Die Beachtung der Menschenrechte in der **öffentlichen Beschaffung** ist wichtig. Gleichwohl sollten hier auch weitere SDG berücksichtigt werden – wie z. B. Kreislaufwirtschaft bzw. Kreislauffähigkeit. Eine direkte Beschaffung sollte möglichst vermieden werden und Alternativen priorisiert werden. Hier bieten beispielsweise Product-as-a-service-Modelle einen deutlich nachhaltigeren und kreislauffähigeren Ansatz. Zum Beispiel würde für den Bereich Textilien etwa Textilleasing in Frage kommen. **(Zeilen 2851 ff.)**

## Kapitel B II. Energiewende und Klimaschutz

Die Strategie fokussiert weiterhin auf eine **verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien (EE)** und einer **Erhöhung der Energieeffizienz**. Insbesondere KMU müssen in den kommenden Jahren in energieeffiziente Technologien investieren und möglicherweise ihre Strukturen und Geschäftsmodelle anpassen, um die wachsenden Anforderungen zu erfüllen. Die dafür in der DNS vorgesehenen **Fördermaßnahmen** sollten den Betrieben **unkompliziert und niedrigschwellig zur Verfügung** stehen. **(allgemeine Anmerkung zu diesem Kapitel)**

Deutschland und die EU allein werden den Klimawandel nicht wirksam begrenzen können. Es braucht daher auch Anstrengungen, um die **außereuropäischen Länder** und insbesondere die **weltweiten Großemittenten von CO<sub>2</sub>-Emission** zu mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu bewegen. **(allgemeine Anmerkung zu diesem Kapitel – s. auch die Anmerkungen weiter unten zu den Zeilen 3261 ff.)**

Dem Ziel einer „sichere Versorgung mit bezahlbarer und zunehmend treibhausgasneutraler Energie“ stimmen wir grundsätzlich zu; allerdings berücksichtigt die Strategie hier nicht die **Umstellung der Betriebe in ihrem Maschinenpark**. Grundsätzlich muss für viele, gerade kleine und mittelständische Betriebe und entsprechend strukturierte Branchen erst einmal geklärt werden, welcher Energieträger zukünftig genutzt werden soll, dann erst können F&E-Maßnahmen in entsprechend geänderte Maschinentechnologien erfolgen. Und erst wenn solche Maschinen entwickelt wurden, können Betriebe dann auch wirklich ihre Energieversorgung umstellen – falls entsprechende Investitionsvolumen überhaupt in den Betrieben vorhanden sind. Ein Maschinenpark, der effizient auf einen Energieträger eingestellt ist, stellt eine hohe und oft auf viele Jahre ausgelegte Investition dar. Viele Betriebe werden nicht in der Lage sein, kurzfristig in neue Maschinen zu investieren, die mit anderen Energieträgern betrieben werden. Erforderlich ist daher nicht nur eine vage Strategie, sondern eine klare Aussage, ab wann welche Energieträger

zur Verfügung stehen und welche Übergangszeiträume oder Anreize für die Abschreibung der Investitionen geschaffen werden. (Zeilen 3117 ff.)

Redaktionelle Anmerkung in Zeile 3139: „Der Wandel hin zu einer [...]“.

Im Abschnitt „d) Innovationen und Skalierung treibhausgasneutraler Technologien stärken“ ist die **ausschließliche Sicht auf Europa und Deutschland** bei der Reduktion von Treibhausgasen **für einige Branchen kontraproduktiv**: So haben zum Beispiel für in Krankenhäusern verwendete OP-Textilien Lebenszyklus-Analysen (LCA-Analysen) aufgezeigt, dass Einwegprodukte, die in Asien produziert werden und nach nur einer Nutzung entsorgt werden, deutlich mehr Treibhausgase verursachen als Mehrwegtextilien, die in Deutschland durch Wäschereien/textile Dienstleister viele Dutzend Male aufbereitet werden. In einer Betrachtung der Treibhausgase ausschließlich auf Europa reduziert, erscheinen also Wäschereien durch ihren Energieverbrauch als Emittenten und wirken daher negativ auf die Bilanz, obwohl global gesehen deutlich weniger Treibhausgase dadurch entstehen, da die Produkte in Europa/Deutschland im Kreislauf gehalten werden. Eine stärkere Belastung solcher Betriebe bei der Bepreisung von Treibhausgasen bewirkt also das genaue Gegenteil von dem, was eigentlich beabsichtigt wurde. (Zeilen 3261 ff. und allgemeine Anmerkungen zu diesem Kapitel siehe oben)

Redaktionelle Anmerkung: Die Zeilen 3668 und 3669 doppelten sich.

Obwohl sich Europa auf die **Energieeffizienzrichtlinie (EED)** geeinigt hat, geht Deutschland einen Sonderweg und setzt die **Grenzwerte im Energieeffizienzgesetz (EnEfG) für eine Einführung von Energiemanagementsystemen deutlich niedriger** an als in der EED beschlossen. Damit benachteiligt Deutschland den eigenen energieintensiven Mittelstand im europäischen Wettbewerb. Erforderlich ist eine Angleichung an die europäischen Vorgaben, damit ein fairer europäischer Wettbewerb gesichert ist. Diesen Aspekt blendet die DNS leider vollkommen aus. Es kann nicht nachhaltig sein, dauerhaft **ungleiche Wettbewerbsbedingungen in Europa** zu schaffen. (Zeilen 3414 ff.)

In der DNS fehlt es bzgl. F&E an **Unterstützungsangeboten für den energieintensiven (handwerklichen) Mittelstand**, welcher nicht Teil der Industrie (oder des produzierenden Gewerbes) ist. So fallen etwa Wäschereien oft nicht unter die Förderbedingungen, da sie nicht als Teil der Industrie oder zum produzierenden Gewerbe zählen. Eine Förderung von F&E-Vorhaben zur Steigerung der Nachhaltigkeit hätte aber auch hier eine große Wirkung. Das Problem umfasst zudem auch Maschinenhersteller, welche für nichtindustrielle Branchen Maschinen bauen. Auch diese profitieren einerseits oftmals nicht von F&E-Förderung, andererseits fehlt es hier auch an klaren Ansagen seitens der Politik, auf welche Energieträger die Maschinen zukünftig ausgerichtet werden sollen, damit F&E-Vorhaben in die entsprechende Richtung umgesetzt werden können. Die DNS sollte dringend auch **Branchen mitdenken, die nicht zur Industrie (oder zum produzierenden Gewerbe) gehören, aber dennoch energie- und ressourcenintensiv sind.** (S. 46 ff.)

## Kapitel B III. Kreislaufwirtschaft

Der Übergang zu nachhaltigen Produktionsmethoden und die verstärkte Nutzung von Sekundärrohstoffen können kurzfristig zu erhöhten Kosten und Anpassungsschwierigkeiten führen. Wiederverwendung und Recycling müssten mit entsprechenden Rahmenbedingungen flankiert werden, um den Betrieben Möglichkeiten zu bieten, die Kreislaufwirtschaft sinnvoll zu gestalten. Viele kleine und mittelständische Handwerksbetriebe verfügen nicht über die notwendigen Ressourcen, um die geforderten Umstellungen schnell und effektiv vorzunehmen und benötigen daher ausreichend Unterstützung. Hierfür sind einfache Förderprogramme sowie Beratungsförderungen notwendig. Zudem werden entsprechende Weiterbildungsangebote benötigt, um das dafür notwendige Wissen aufbauen zu können. Forschungsprojekte zu diesen Themen sollten gemeinsam mit dem Handwerk gefördert werden. (**allgemeine Anmerkung zu diesem Kapitel**)

Zirkuläres Wirtschaften steuert nicht nur einen wesentlichen Beitrag zum Abbau von Knappheits- und Abhängigkeitsproblemen bei, es hilft vor allem auch bei der Vermeidung von sonst in großen Mengen anfallender Abfälle. Product-as-a-Service-Modelle helfen hier insbesondere dabei, Produkte in einem Kreislauf zu halten, sodass weniger Neuanschaffungen bzw. Neuproduktionen nötig sind und entsprechend weniger Abfälle entstehen. Die **Vermeidung von Abfällen** sollte an diesem Punkt in der DNS genannt werden. (**Zeilen 4265-4255**)

Beim Heben der Wertschöpfungspotenziale durch die Kreislaufwirtschaft durch Innovationen und Technologien fehlt es an **konkreten Vorschlägen und Ideen**, wie die Bundesregierung hierzu beitragen will, insbesondere mit Blick auf die Unterstützung des Mittelstandes. (**Zeilen 4321-4326**)

Es ist wichtig, dass der Blick über Deutschland und Europa hinaus auf **globale Lieferketten** gelegt wird. In Bezug auf Produktion und Verwertung am Ende des Lebenszyklus muss aber dringend darauf geachtet werden, dass hier keine Abhängigkeiten entstehen. Produktions- und Verwertungskapazitäten für strategische Bereiche sollten auch innerhalb Europas bzw. Deutschlands konsequent ausgebaut werden, sodass bei kritischer Infrastruktur keine Abhängigkeit von unbedingt funktionierenden internationalen Lieferketten besteht. (**Zeilen 4340-4346**)

Wir begrüßen den Willen zum Abbau marktverzerrender Subventionen grundsätzlich. Hier sollte noch beachtet werden, dass einige zirkuläre Geschäftsmodelle, wie z. B. Textilerstellung aus Rezyklaten, auch heute oft nicht ökonomisch rentabler sind als die linearen Alternativen. Förderungen oder auch vereinfachte regulatorische Anforderungen sollten daher für nachgewiesene zirkuläre Modelle geprüft werden. Zu berücksichtigen ist zudem, dass die ESG-Kriterien für eine Vielzahl Unternehmen ab 2025 verpflichtend sind. Verschärfungen der Finanzierungsbedingungen darüber hinaus sind weder notwendig noch zielführend. Aus diesem Grund ist zu verhindern, dass es zu einem erschwerten Zugang für KMU zu Finanzierungsmöglichkeiten kommt. Augenmaß ist hier gefordert. (**Zeilen 4354-4362**)

Das Handwerk spielt bei der Kreislaufwirtschaft eine wesentliche Rolle – siehe hierzu auch unsere [Stellungnahme zum Entwurf der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie](#). Hier sollte zur Förderung von Werkstattreparaturen (z. B. Elektro, Schneider, Polsterei, Kfz) der **Handwerkerbonus für haushaltsnahe Dienstleistungen** ausgedehnt werden



(§35a EstG)). Reparaturboni wie bzw. in Thüringen und Sachsen könnten hier interessante Instrumente auch für ein bundesweites Ausrollen sein. **(Zeilen 4388-4401)**

Bei der Transformation zur Kreislaufwirtschaft wird der Fokus auf Innovation und Neuentwicklungen gelegt. Hier beachtet die DNS nicht, dass bereits **heute zirkuläre Geschäftsmodelle existieren, welche am Markt etabliert und wirtschaftlich profitabel** sind. Beispielhaft sei hier die Textilpflegebranche mit ihrem Textilleasing-Geschäftsmodell genannt. Bestehende Modelle sollten stärker in den Fokus genommen und weiterentwickelt werden. Die dort bereits gesammelten Erfahrungen sind hierbei sehr wertvoll für die Erforschung und Umsetzung neuer Technologien und Geschäftsmodelle. **(Zeilen 4408-4418)**

Förderprogramme sollten auch **gebrauchte Bauteile/Geräte/Maschinen** umfassen, wenn sie auf dem technisch aktuellen Stand sind. Weiterhin sind technische (Bau-)Normen in Richtung Umweltfreundlichkeit und Recyclefähigkeit zu überprüfen. Das Handwerk ist ein wichtiger Partner für die Verbraucher beim nachhaltigen Konsum. **(Zeilen 4865-4870)**

## Kapitel B IV. Nachhaltiges Bauen und nachhaltige Mobilität

Es fehlt die Komponente „**Sammlung und Sortieren der Wertstoffe**“. Hierfür müssen z. B. abrissbaustellennahe Containerstellplätze verkehrsrechtlich leichter/kostengünstiger erlaubt werden. Weiterhin sollte die Mehrwertsteuerpflicht für Spenden von Wertstoffen aber auch Abwärme überprüft werden: [Bundesfinanzministerium - Fragen und Antworten zur umsatzsteuerrechtlichen Behandlung von Sachspenden](#) **(Zeilen 5309-5312)**

Bei der Aufführung von Langstrecken und Güterverkehr sollte auch der Schienenverkehr explizit aufgeführt werden. **(Zeilen 5328-5331)**

In Zusammenhang mit der Betrachtung der energetisch ineffizientesten Gebäude sollte durch **Senkung der Wärmedurchlasskoeffizienten/U-Werte** ökologischen Dämmmaterialien eine (Markt-)Chance gegeben werde. Ansonsten besteht bei den per hohen U-Werten geforderten Minerale Dämmstoffen ein Konflikt mit Zielen der Kreislaufwirtschaft, da diese in Deponien endgelagert werden. **(Zeilen 5798-5800)**

Zur **Förderung nachhaltigen und bezahlbaren Wohnraums** sollten auch Bemühungen gehören, Wege zu schaffen, die **vereinfachtes und kostengünstiges Bauen in der Praxis umsetzbar machen**. So könnten z. B. werkvertragliche Leistungen durch gesetzliche Klarstellungen von den allgemein anerkannten Regeln der Technik entkoppelt und ausschließlich auf unverzichtbare Sicherheits- und Schutzstandards reduziert werden. Der zwischenzeitlich vorgelegte Referentenentwurf für ein „**Gebäudetyp-E-Gesetz**“ geht hier schon einen ersten Schritt in diese Richtung. Leider tragen aber die vorgesehenen Änderungen des Bauvertragsrechts der Situation von Handwerksbetrieben im Baubereich nicht ausreichend Rechnung. **(Zeilen 5841-5855)**

Das Ziel, im Rahmen der nachhaltigen Mobilität durch die **Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen der Verkehrsträger** eine **Verlagerung von Anteilen des Güter- und Personenverkehrs auf die Schiene** zu erreichen, unterstützen wir grundsätzlich. Weitere Ansätze zur Zielerreichung finden sich jedoch weder im Abschnitt zum weiteren

Vorgehen noch bei den Indikatoren. Derzeit leistet die bis Ende 2024 verlängerte Förderung der Trassenpreise im Güterverkehr (TraFÖG) einen wichtigen Beitrag zur Nutzung des Schienengüterverkehrs als umwelt- und klimafreundliche Alternative. Die jüngste Erhöhung der Trassenpreise im Güter-, aber auch im Personenfernverkehr ist daher alles andere als förderlich. Es braucht künftig konkrete Maßnahmen und Anstrengungen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Diesbezüglich sollte die DNS nachgebessert werden. Zeilen (Zeilen 5935-5943)

Es ist nachvollziehbar, dass **ökologische Effektivität, ökonomische Effizienz** sowie **soziale Ausgewogenheit durch Bezahlbarkeit** entscheidende **Aspekte nachhaltiger Mobilität** sind. Dennoch sollte nicht vernachlässigt werden, dass für nachhaltige Mobilität **auch die Erreichbarkeit aller (geografischen) Ziele** für Bürger und Betriebe unerlässlich ist. Das **Merkmal der Erreichbarkeit** sollte aufgenommen werden. (Zeilen 6261-6282)

Die Aussage, **Klimaneutralität** sei **nur mit einem Mix aus unterschiedlichen Antriebsarten erreichbar**, begrüßen wir grundlegend. Es gibt und wird aber auch weiterhin eine Vielzahl zutiefst unterschiedlicher Mobilitätsbedürfnisse geben, welche sich zum Teil keiner oder nur einer geringen Anzahl von Alternativen gegenübersehen, welche insbesondere aus Unternehmenssicht auch wirtschaftlich sind. Diese Tatsache sollte zu jeder Zeit Berücksichtigung finden. (Zeilen 6286-6288)

## Kapitel B V. Nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme

Rohstoffspekulationen haben zuletzt infolge des Krieges in der Ukraine zugenommen und zum Teil zu erheblichen Preissteigerungen bei diversen Rohstoffen geführt. Es ist wichtig, dass sich **Anbieter und Abnehmer auch künftig gegen Preisschwankungen absichern** können, allerdings sollten Möglichkeiten geschaffen werden, um die Einflussmöglichkeiten von Spekulanten, welche kein Interesse an physischen Warenlieferungen haben, zu begrenzen. (**allgemeine Anmerkung zu diesem Kapitel**)

Bei der **Reduzierung von Lebensmittelverschwendung** darf die Mehrwertsteuerproblematik insbesondere bei verschenkten höherwertigen Lebensmitteln nicht außer Acht gelassen werden. (Zeilen 6966-6992)

## Kapitel B VI. Schadstofffreie Umwelt

Die **Verpflichtung, umweltschonende Mittel** zu verwenden, ist zielführend. Die Verringerung von Schadstoffen wird langfristig trotzdem zu keiner schadstofffreien Umwelt führen, weshalb eine **globale Betrachtung** vorzunehmen ist. Produkte aus dem Ausland müssen gleiche Vorschriften haben wie jene aus dem Inland. Inländische Produkte mit vollständigem Nachweis sollten günstiger sein als gleiche Produkte aus dem Ausland, die keinen Nachweis erbringen können. Maßnahmen bei der Einfuhr können dies regulieren

und die regionale Wirtschaft gleichzeitig ankurbeln. (**allgemeine Anmerkung zu diesem Kapitel**)

Wegen Dopplung bitte die **Zeilen 7510-7515** streichen.

In Bezug auf die **Vermeidung nicht recyclebarer Stoffe** ist der Konflikt zu hohen Dämmstandards und der damit verbundenen, nicht recyclefähigen Mineralwolle zu sehen. (**Zeilen 8374-8378**)

Redaktionelle Anmerkung in **Zeile 8507**: „[...] hat u. a. die weitgehende Schließung von Stoffkreisläufen zum m Ziel“.

## Kapitel C I. Governance

Die Aufnahme eines **Indikators für die Kultur- und Medienproduktion** sollte nicht vorgenommen werden, da Zertifizierungen teuer sind und damit letztendlich die Kulturangebote verteuert werden. (**Zeilen 9188-9192**)

Die **Aussagekraft eines Indikators für die Anzahl Nachhaltigkeitserklärungen von Unternehmen gemäß etablierter Berichtsstandards** ist zu bezweifeln. Insbesondere für KMU gibt es derzeit (noch) keinen praktikablen, etablierten Berichtsstandard. Zudem wird die Zielerreichung dadurch verfälscht, dass der verpflichtende Berichtskreis im Rahmen der CSRD erweitert wird und sich dies auch auf die nachgelagerte Wertschöpfungskette auswirkt. Von der Aufnahme eines solchen Indikators sollte daher abgesehen werden. (**Zeilen 9197-9203**)

## Kapitel C II. Gesellschaftliche Mobilisierung und Teilhabe

Kritisch ist anzumerken, dass keine **Einbindung der Handwerksorganisation** – vertreten durch den ZDH – in die **Dialoggruppe aus wirtschaftlichen Akteuren und dem Staatssekretärsausschuss** erfolgt. Gerade das Handwerk verfügt über vielfältige regionale Facetten, welche in einer gesamtdeutschen und gesamtwirtschaftlichen Betrachtung ohne Einbindung der betreffenden Akteure unzureichend Beachtung finden. (**Zeilen 9858-9879**)

Bei der **Öffentlichkeitsarbeit** regen wir die **Einbindung der Handwerkskammern** mit ihren vielfältigen Aktivitäten zur Sensibilisierung der Handwerksbetriebe an. (**Zeilen 9882-9897**)

Die Erkenntnis, dass „große Einigkeit herrschte darüber, dass **weniger Bürokratie eine bedeutsame Rolle für das Gelingen leisten kann**“ steht leider im **Widerspruch zum tatsächlichen Handeln**, wie die Beispiele der Nachhaltigkeitsberichtspflichten und der Lieferkettensorgfaltspflicht zeigen. (**Zeilen 9923-9926**)

## Kapitel C III. Finanzen

Ein **praxisgerechter Regelungsrahmen für Sustainable Finance muss KMU-freundlich gestaltet werden**. Insbesondere muss beachtet werden, dass etwaige **Berichts- und Dokumentationspflichten für KMU abgeschwächt** sind, damit der Verwaltungsaufwand niedrig gehalten werden kann. (Zeilen 10207 ff.)

Die Aussage „Die Bundesregierung arbeitet auch darüber hinaus an günstigen Rahmenbedingungen für private Investitionen, z. B. durch Abbau bürokratischer Hemmnisse“ steht leider im **Widerspruch zum tatsächlichen Handeln**, wie die Beispiele der Nachhaltigkeitsberichtspflichten und der Lieferkettensorgfaltspflicht zeigen. (Zeilen 10312-10318)

Die **freiwillige Nachhaltigkeitsberichterstattung** im Rahmen des VSME-Standards muss **auf eine verpflichtende doppelte Wesentlichkeitsüberprüfung verzichten**. Diese hat sich als nicht praxistauglich für KMU erwiesen, da der hierfür zu betreibende Aufwand für KMU nicht abbildbar ist. Im übrigen haben wir die **Ergebnisse eines Praxistests in der Handwerksorganisation** in Bezug auf den VSME-Standard und die sich hieraus ergebenden **Anmerkungen zum vorliegenden Entwurf des VSME-Standards** in einem [Bericht](#) zusammengefasst, auf den wir an dieser Stelle hinweisen und um dessen Beachtung wir bitten. (Zeilen 10429-10431)

Prüfungen der Bundesregierung mit dem Ziel, **doppelte Berichtspflichten auszuschließen**, unterstützen wir nachdrücklich. (Zeilen 10599-10603)

## Kapitel C IV. Forschung, Innovation und Digitalisierung

**Datenökosysteme** sollten nicht nur für die Industrie – etwa im Rahmen der Initiative Manufacturing-X – gefördert werden, sondern diese sollten auch **Betrieben aus dem Handwerk zugänglich gemacht** werden. (Zeilen 11006 ff.)

## Übersicht Nachhaltigkeitsmanagementsystem

Hinsichtlich einiger Indikatoren –z. B. Zielabweichung von Indikatoren (bspw. 4.1.a oder 5.1.a) – zeigen sich **Entwicklungen in eine falsche Richtung**. Ohne die Ergreifung zusätzlicher Maßnahmen ist eine Zielerreichung in diesen Bereichen unrealistisch. Die DNS2024 sollte gezielt um Maßnahmen erweitert werden, mittels derer der notwendige Zielpfad erreicht werden kann. Positiv hervorzuheben ist, dass erreichte Ziele nicht einfach nur als erledigt angesehen, sondern im Rahmen der Fortschreibung ambitionierter gefasst werden, wie die (vorzeitige) Zielerreichung von Indikatoren (bspw. 8.5.a) zeigt. (**allgemeine Anmerkung zu Indikatoren (ab Zeile 12807)**)

In Zusammenhang mit den Indikatoren zu SDG 7. „Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern“ spiegelt sich **das Ziel der Bezahlbarkeit nicht in den Indikatoren wider**. Die Aufnahme eines **Indikators und Zielformulierung für Bezahlbarkeit** fehlt bisher und muss ergänzt werden, bspw.: „Anteil Haushalte,

deren Energiekosten einen bestimmten Anteil des Einkommens übersteigen“, „Verhältnis Energiekosten zu allgemeinen Lebenshaltungskosten“, „Senkung Energiekosten unter EU-Durchschnitt“ o. ä. (**S. 145**)

---

**Ansprechpartner:** Dr. Constantin Terton  
Bereich: Wirtschaftspolitik  
+49 30 20619-260  
terton@zdh.de · www.zdh.de

**Herausgeber:**  
Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V.  
Haus des Deutschen Handwerks  
Mohrenstraße 20/21 · 10117 Berlin  
Postfach 110472 · 10834 Berlin

Lobbyregister: R002265  
EU Transparency Register: 5189667783-94

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH) vertritt die Interessen von rund 1 Million Handwerksbetrieben in Deutschland mit rund 5,6 Millionen Beschäftigten. Als Spitzenorganisation der Wirtschaft mit Sitz in Berlin bündelt der ZDH die Arbeit von Handwerkskammern, Fachverbänden des Handwerks auf Bundesebene sowie bedeutenden wirtschaftlichen und sonstigen Einrichtungen des Handwerks in Deutschland. Mehr unter [www.zdh.de](http://www.zdh.de)